



Die Befreiung vom Faschismus ist keine historische Episode; sie bleibt dauerhafter Auftrag

Vor 75 Jahren gelang es sehr unterschiedlichen Staaten im Bündnis unter größten Opfern eine mörderische Diktatur zu beenden, die sich Alles unterwerfen wollte. – Befreiung vom Faschismus – beschreibt am Besten, was am 8. Mai 1945 geschah. Dafür den Befreiern, insbesondere den sowjetischen, die den größten und schmerzhaftesten Beitrag leisteten, auch nach einem Dreivierteljahrhundert unser Dank.

Wegen der Corona-Pandemie fand in diesem Jahr nur ein „gebremstes“ Gedenken statt. Das ist bedauerlich und hatte dennoch sein Gutes: hohle Bekenntnisse von Leuten blieben uns erspart.

Bundespräsident Steinmeier fand, vergangenheitspolitisch betrachtet, kaum Worte über den wichtigen Beitrag der Roten Armee und der Sowjetbürger im Kampf gegen den Faschismus. In seiner Gedenkrede kamen die Rote Armee, der Widerstandskampf in den von der Wehrmacht besetzten Ländern oder gar deutsche Antifaschisten nicht vor. Stattdessen beklagte er Hunger, Flucht, Gewalt, Vertreibung, die ältere Deutsche als Kinder durchlitten haben. Ja, dies waren Folgen dieses Krieges.

Wenn man US-Amerikaner und Briten hört, gewinnt man den Eindruck, dass der Krieg gegen Hitlerdeutschland in der Normandie gewonnen wurde. Auch die Soldaten der Westalliierten haben Furchtbares erlitten. Ihre Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 wurde deshalb 2019 groß begangen.

Am „D-Day“ lag der Sieg der Roten Armee in der Schlacht um Stalingrad aber schon 16 Monate zurück. Auch die Zurückschlagung der letzten deutschen Offensive im Osten bei Kursk war schon im Juli 1943 gelungen. Die Sowjetunion hat den höchsten Blutzoll bezahlt. Wir müssen deshalb verhindern, dass die Rolle der Roten Armee aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwindet. Deshalb finde ich die Worte des Brandenburger Ministerpräsidenten Dietmar Woidke sehr angebracht: „Nichts ist jetzt überflüssiger als Konflikte und militärische Säbelgerassel.“

Aus dem Inhalt:

Befreiung vom Faschismus	S.1
8. Mai 2020 in Schwedt	S.2
Gedanken zum 8. Mai	S.3
Bundesregierung vs. VVN-BdA	S.4
Die Linke im Landtag Brandenburg	S.5
Die Linke im Bund und Europa	S.6
In eigener Sache	S.7
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.8

Die NATO wollte in diesen Tagen keineswegs im kasernierten Homeoffice sitzen, sondern sich unmittelbar vor der russischen Grenze bei einem Großmanöver in Osteuropa austoben. Das abgebrochene Manöver „Defender 2020“ – eine pure Provokation gegenüber Russland.

Nun sucht das Kriegsbündnis angesichts der Pandemie andere Wege, um die Konfrontation mit Russland aufrechtzuerhalten.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg unterstützt eine antikommunistische, antisowjetische Geschichtsfälschung. Er stellt sich hinter den Prager Bürgermeister, der am 3. April 2020 das Denkmal von Marschall Konew demontieren ließ. Konew hatte mit der Ukrainischen Front der Roten Armee die letzten Insassen des Vernichtungslagers Auschwitz sowie Prag befreit.

Auch die Verteidigungsministerin A. Kramp-Karrenbauer äußerte sich zum 75. Jahrestag der Befreiung: Der 8. Mai 1945 hätte für den Westen Europas Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit gebracht. Für viele Menschen in Osteuropa sei das „Kriegsende aber leider nicht der Weg in die Freiheit“ gewesen.

Was soll uns das wohl sagen?! Der Freiheitsbegriff wurde und wird sehr oft missbraucht. Freiheit ist aber nicht geträumte Unabhängigkeit von jeglichen objektiven Erfordernissen und auch nicht nur das individuelle Recht auf Konsum. Aus der Geschichte ist bekannt, dass Krisen von Geschichtsfälschern immer wieder genutzt worden sind, um die vermeintlichen Krisenursachen auf Sündenböcke abzuwälzen.

Dietmar Koschmieder (junge welt 09./10. Mai 2020) dazu: „... Organisierte rechte Kreise werben für ihre Idee, dem scheinbar maroden bürgerlich-demokratischen System ihre menschenverachtende, rassistische Variante eines anderen (nicht weniger kapitalistischen) Staates überzustülpen. Für alle diese Erscheinungen stehen in den jeweiligen Bürger- und Kapitalfraktionen Geldgeber zur Verfügung. Bis hin zu jenen, die es vorziehen, einen neuen Faschismus zu finanzieren.“

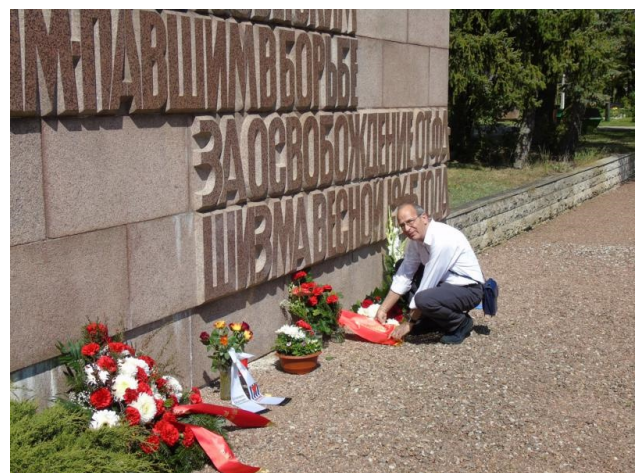
Aufstehen gegen Faschismus – ein dauerhafter Auftrag.



Monika Gohl

8. Mai 2020 in Schwedt

Auf Grund der Corona-Einschränkungen fand auch in Schwedt nur eine kleine Gedenkfeier zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus statt, an der Vertreter der Stadtverwaltung, der Stadtverordnetenversammlung, einige Genoss*innen der BO Schwedt und Bürger aus Schwedt teilgenommen haben. Christa Dannehl sprach über ihre Erinnerungen an diese Zeit (siehe nachfolgenden Artikel).



Gedanken zum 75. Jahrestag der Befreiung

Diese 75 Jahre begleiten auch mein Leben. Sie sind mit jenen Menschen und dem Land eng verbunden, gegen das mein Vater 1941 in den Krieg ziehen musste. In der Nähe von Gomel, in Weißrussland wurde er verwundet. Der russische Soldat erlag im Kampf. Aber sowjetische Soldaten waren es, von denen ich das erste Weißbrot und die erste Schokolade im Sommer 1945 bekam. Ich weiß heute nicht mehr genau, wann ich verstanden habe, was dieses Jahr 1945 und der 8. Mai für uns Deutsche bedeutete. Aber eines stand für meine Eltern fest und davon waren sie überzeugt, es darf nie wieder Krieg gegen andere Völker geben. Diese Einstellung prägte ihr ganzes Leben. Dafür haben sie Alles ihnen mögliche getan, und sie haben diesen Gedanken auch fest in uns Kindern verankert.

Im Laufe meines Lebens gab es viele sehr einprägsame Begegnungen mit russischen Menschen, entwickelte sich eine feste Freundschaft zu einer Familie aus Moskau, die alle Stürme und gesellschaftlichen Veränderungen überstand und bis heute hält. Auf unseren vielen, etwas anderen Reisen, nach und durch Belarus, der Heimat von Nastja, mussten wir immer wieder erfahren, welches großes Leid und Elend die faschistische Wehrmacht über das Land und in jede Familie gebracht hat. Der Blutzoll der Völker der Sowjetunion mit ca. 27 Millionen Menschen war hoch. Aber nie wurden wir, die Kindergeneration dafür verantwortlich gemacht.

In diesem Zusammenhang fällt mir ein Gedicht von Jewtuschenko (Meinst du, die Russen wollen Krieg?, 1961) ein, das mich noch immer sehr berührt. Hier heißt es unter anderem (2. und/oder 3. Strophe):

Nicht nur fürs eig'ne Vaterland
fiel der Soldat im Weltenbrand.
Nein, dass auf Erden Jedermann
in Ruhe schlafen gehen kann.
Holt euch bei jenem Kämpfer Rat,
der siegend an die Elbe trat.
Was tief in unsren Herzen blieb:
Meinst du die Russen wollen Krieg?



Nie hätte ich mir nur im Entferntesten vorstellen können, dass es jemals wieder eine Zeit in Deutschland geben wird, in der Menschen anderer Nationen, insbesondere auch russische Menschen, zu unseren Feinden erklärt werden. Es ist für mich nicht zu verstehen, warum Russland systematisch aus dem Haus Europa verdrängt wird und große militärische Manöver mit amerikanischen Soldaten, wie Defender 2020, ausgerechnet zum 75. Jahrestag des Kriegsendes, an seinen Grenzen stattfinden. Nie wieder sollten Frauen und Mütter, egal welcher Nation, ihre Männer und Söhne beweinen. Das muss unser Credo sein und für immer bleiben. Ich kann und will es nicht begreifen, warum Deutschland im Jahre 2019 laut Stockholmer Friedensforschungsinstitut, die größte Ausgabensteigerung im Rüstungsbereich hatte und offensichtlich zur stärksten Militärmacht Europas aufsteigen will. Warum und wofür frage ich mich immer wieder. Wenn doch die Bundesregierung 2017 Leitlinien zu „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ beschlossen hat? Wozu brauchen wir neue Kampffjets vom Typ F-18, die als Transporteur von US- Atomwaffen, welche noch immer auf deutschem Boden lagern, eingesetzt werden können? Ich könnte die Fragereihe fortsetzen.

Nie wieder Krieg und Faschismus war der Schwur der Häftlinge von Buchenwald. Dieser Schwur, gleichzeitig als Auftrag für die folgenden Generationen, ist bis heute nicht erfüllt. Daran gilt es sich zu erinnern. Die Frage von Esther Benjarano, deutsch-jüdische Überlebende von Auschwitz und Vorsitzende des Auschwitzkomitees:

„Wo stehen wir, dieses Land, diese Gesellschaft 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee?“ muss Jeder für sich beantworten. Es muss, wie sie schreibt, gestritten werden für die neue Welt des Friedens und der Freiheit, die die befreiten Häftlinge im Schwur von Buchenwald als Auftrag hinterlassen haben.

Das jedoch kann uns in Europa nur gelingen:

Wenn die Gräben des nahezu völlig zerstörten politischen Vertrauens durch den Westen gegenüber Russland, überwunden und nicht durch ewig neue Sanktionen weiter vertieft werden. Denn ohne oder gegen Russland wird dieser Kontinent den Europäern kein friedliches Zuhause sein.

Wenn nicht weiter versucht wird, die Geschichte umzuschreiben, sondern unvergessen bleibt, dass die Völker der Sowjetunion die Hauptlast bei der Niederschlagung Hitler-Deutschlands getragen haben.

Wenn ein jeder von uns wirklich verstehen will und entsprechend handelt, dass wir, alle Menschen, nur diese eine Erde und dieses eine Leben haben.

Deshalb sollte es für Jeden von uns ein inneres Bedürfnis und zugleich Verpflichtung sein, immer im Sinne der Worte auf den Soldatengräbern zu handeln:

Sich erinnern! Nie wieder Krieg! Unvergessen!

Christa Dannehl

Bundesregierung stellt sich gegen VVN-BdA

Der Bundesregierung ist die Diffamierung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) wichtiger als ihre Informationspflicht gegenüber dem Bundestag. Dies muss man aus ihren Antworten auf eine umfangreiche Kleine Anfrage der Fraktion Die LINKE schließen (Drucksache 19/17233), mit der diese die Position der Bundesregierung zum Entzug der Gemeinnützigkeit des Verbandes erkunden wollte.

Der Verband wird de facto als ein größeres sicherheitspolitisches Problem eingestuft als Drohnenangriffe, bewaffnete Aktivitäten in der Ostukraine oder Waffentransporte in Kriegs- und Krisenregionen. Selbst bei diesen als Verschlussangelegenheiten eingestuft, Antworten war es Abgeordneten des Bundestages möglich, Unterlagen in der Geheimschutzstelle einzusehen.

Anders bei der VVN-BdA, denn – so Innen-Staatssekretär Günter Krings – Auskünfte könnten „negative Folgen für die künftige Arbeitsfähigkeit und Aufgabenerfüllung der Verfassungsschutzbehörden“ haben. Es könne so die Sicherheit der Bundesrepublik insgesamt beeinträchtigt werden. Selbst eine Beantwortung unter VS-Einstufung, die in der Geheimschutzstelle des Bundestages einsehbar wäre, müsse deshalb ausscheiden.

Welche Erkenntnisse die Bundesregierung zu angeblichen

Verstößen der VVN-BdA gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung haben soll, bleibt offen. Wo sie nicht gleich jede Auskunft verweigert, erklärt sie sich für nicht für zuständig. Gleichzeitig bagatellisiert sie Vorfälle extrem rechter Gesinnung in den den Sicherheitsbehörden nach denen ebenfalls gefragt worden war. Die Bundesregierung hebt dadurch die Kontrollmechanismen der parlamentarischen Demokratie aus und verweigert sich dem antifaschistischen und demokratischen Geist des Grundgesetzes. „Damit erteilt die Bundesregierung dem sogenannten Verfassungsschutz einen Freifahrtschein für die weitere Diffamierung antifaschistischer Organisationen wie der VVN-BdA. Diese Diffamierungen können für zivilgesellschaftlich vielfältig engagierte Organisationen das finanzielle Aus bedeuten. Angesichts wachsender antisemitischer, rassistischer und sozialdarwinistischer Verschwörungsideologien ist das ein fatales Signal“ erklärte die Bundesvorsitzende Cornelia Kerth.

Die VVN-BdA fordert mit Nachdruck die Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit und ein Ende der Nennung in den Verfassungsschutzberichten des Bundes und der Länder. Eine wirksame parlamentarische Kontrolle des sog. Verfassungsschutzes ist offensichtlich unmöglich. Daraus gibt es nur eine Schlussfolgerung: die Auflösung dieser Behörde.

Die LINKE im Landtag Brandenburg

Zum Sterben zu viel, zum Leben zum wenig

Die Brandenburger Landesregierung hat einen Rettungsschirm für Kommunen vorgestellt, der die finanziellen Folgen der Corona-Krise abmildern soll. Dazu erklärt die kommunalpolitische Sprecherin Andrea Johlige:

Viele Jubelgesänge sind jetzt zu dieser Entscheidung zu vernehmen. Aber die Wahrheit dahinter ist auch: Die Koalition nimmt deutlich weniger Geld in die Hand, als behauptet. Nicht 580 Millionen sondern nur 490 Millionen Euro werden durch das Land bereitgestellt. Die Koalition rechnet großzügig 93 Millionen, die vom Bund der Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle gezahlt werden, in den Rettungsschirm ein.

Zudem ist der geplante Mehrbelastungsausgleich für die Landkreise und kreisfreien Städte ein Tropfen auf den heißen Stein. Ca. 2,5 Mio. Euro werden bei weitem die Einnahmeausfälle und die zusätzlichen Ausgaben nicht kompensieren. Und auch die angebliche Übernahme der Gewerbesteuer ausfälle ist eine Mogelpackung: Zwar werden die Ausfälle für 2020 durch Land und Bund kompensiert, für 2021 ist dies aber nur zu einem Teil geplant. Die Landesregierung hat einen Kredit über 2 Mrd. Euro aufgenommen und speist die Kommunen nun so billig ab. Das reicht nicht. Es braucht die vollständige Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle und eine deutliche Aufstockung des Mehrbelastungsausgleichs für Städte und Gemeinden wie auch für Landkreise und kreisfreie Städte.

Hinzu kommt: Die Halbwertszeit des Rettungsschirms ist bereits jetzt überschritten, da die Beschlüsse der großen Koalition in Berlin zur Senkung der Mehrwertsteuer zu 57 Prozent durch Länder und Kommunen bezahlt werden müssen. Allein dadurch wird es zusätzliche Steuerausfälle in den Kommunen in dreistelliger Millionenhöhe geben, die keinerlei Kompensation erfahren. Dem Bund ist deshalb zu sagen: Wer die Party bestellt, muss auch die Zeche bezahlen!

Geringere Mehrwertsteuer ist nicht per se ein Impuls

Zum Konjunkturpaket der Bundesregierung in Höhe von 130 Mrd. Euro erklärt der haushalts- und finanzpolitische Sprecher Ronny Kretschmer:

Jeder erlebt es bereits: steigende Preise u. a. bei Lebensmitteln, Obst und Gemüse. Sinkt hier die Mehrwertsteuer, führt dies bestenfalls zu einem Ausgleich. Damit tatsächlich ein Impuls entsteht, muss die Wirtschaft die Senkung der Mehrwertsteuer auch 1:1 an die Verbraucher weitergeben.

Was die einen freut, wird bei anderen zum Problem. Denn eine geringere Mehrwertsteuer drückt gleichzeitig auch die Steuereinnahmen von Ländern und Kommunen nach unten. Deshalb sind hier weitere Unterstützungsmaßnahmen durch den Bund und das Land notwendig. Da ist es völlig kontraproduktiv, wenn das Bundesprogramm zur Förderung von finanzschwachen Kommunen zum Jahresende auslaufen soll.

Die Investitionstätigkeit der Kommunen muss dringend weiter gesichert werden. Deshalb wäre es hilfreich gewesen, wenn sich der Bund an den Altschulden beteiligt hätte, die viele Kommunen schon vor der Corona - Pandemie finanziell abgeschnürt hat.

Noch weniger erklärbar ist, wenn im Zuge des Konjunkturprogramms geprüft werden soll, ob Investitionen in Rüstungsprojekte vorgezogen werden können. Wir vermissen in dem gesamten Konjunkturpaket die Erfahrungen aus den vergangenen Monaten und entsprechende Weichenstellungen für die Zukunft. Jetzt ist es an der Zeit, etwas für die Digitalisierung in der Bildung zu tun, die Infrastruktur zu stärken und Krankenhäuser neu aufzustellen, einschließlich einer besseren Bezahlung der pflegenden Berufe.

LINKE Newsletter 20/20

Die LINKE im Bundestag

Löhne und Sozialleistungen in und nach der Krise nicht kürzen!

Der Wirtschaftsflügel der Union hat am Dienstag für einige Aufregung gesorgt. CDU-Fachpolitiker hielten es für eine gute Idee, wegen der Corona-Krise den Mindestlohn abzusenken. Als seien jene am Ende der Nahrungskette nicht schon ohne Corona gebeutelt genug.

Dietmar Bartsch widersprach im Pressestatement heftig, der Vorschlag sei eine Farce. Der Fraktionsvorsitzende forderte von der Bundeskanzlerin ein Krisenversprechen: Löhne und Sozialleistungen dürften in dieser Situation nicht abgebaut und Investitionen in die Zukunft dürften nicht gekürzt werden. Das zeigte Wirkung, die CDU-Spitze räumte den Vorstoß zur Mindestlohn-Senkung noch am Abend ab.

**Newsletter der Fraktion
DIE LINKE. im Bundestag
Ausgabe 389, 27. Mai 2020**

Doppelte Standards beim Infektionsschutz sind unverantwortlich

Das Recht auf Schutz der Gesundheit und körperliche Unversehrtheit ist unteilbar. Das muss auch für Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft oder Werkvertragsarbeiter in der Schlachtindustrie gelten und oberste Priorität haben.

Arbeitskostenminimierung auf Kosten von Infektionsrisiken ist inakzeptabel, egal, woher die Arbeitskräfte stammen. Dass das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und das Innenministerium mit niedrigeren Standards für Saisonarbeitskräfte Gesundheitsrisiken zumindest billigend in Kauf nehmen, lässt tief blicken. Damit gefährden sie auch die öffentliche Gesundheit in den Regionen“, sagt Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die Antwort der Bundesregierung auf ihre schriftliche Frage zu doppelten Standards für Arbeits- und Infektionsschutzregeln.

Tackmann weiter:

„Während das Sozialministerium zum Beispiel Einzelzimmerunterbringung empfiehlt, schreibt das BMEL von maximal halber Kapazität – die Hälfte von was auch immer. Mal abgesehen davon, dass diese Empfehlungen auch noch unverbindlich und damit Zuwiderhandlungen nicht strafbewehrt sind. Es werden dringend verbindliche Kriterien für Land- und Forstbetriebe sowie Schlachtunternehmen gebraucht, die wirklich schützen.“

Bundesministerin Julia Klöckner und Bundesminister Horst Seehofer haben sich bisher disqualifiziert. Jetzt ist das Arbeits- und Sozialministerium gefragt, endlich Klartext zu reden.“

**Pressemitteilung Kirsten Tackmann,
15. Mai 2020**

Die Linke im Europaparlament

steht für ein neues Europa, (Quelle: LINKE Newsletter17/20) das:

Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Klimakatastrophe und zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt ergreift, Klimawandel und Biodiversität als Maßstab für den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft empfiehlt, die 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 erreicht,

die neoliberale Spar- und Kürzungspolitik beendet, die die Ungleichheiten verschärft und rechtsextreme Kräfte in Europa zu stärken hilft,

Sozialdumping in Europa bekämpft und sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt,

Steuerhinterziehung, -flucht, Geldwäsche und Korruption stoppt, Kontrolle über Marktentscheidungen übernimmt, die EU-Handelspolitik neu ausrichtet,

eine humane Migrations- und Asylpolitik verabschiedet, die die Menschenrechte garantiert, Frieden verteidigt, für Demokratie und Menschenrechte kämpft,

wirksame Maßnahmen ergreift, um die Rechte der Frauen zu verteidigen und die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen,

Grund- und Bürger*innenrechte auch im digitalen Bereich verteidigt und nicht wirtschaftlichen oder staatlichen Interessen preisgibt.

In eigener Sache

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser,

zu Recht haben die Ereignisse in Forst in den vergangenen Tagen für große Aufregung gesorgt. Am 24. April hatte die Fraktion "Gemeinsam für Forst" in der dortigen Stadtverordnetenversammlung einen Antrag zu einem alternativen Standort für den Neubau eines Jugendzentrums gestellt. Diesem Antrag stimmte unsere Fraktion zu, auch deshalb, weil der Vorschlag ursprünglich von der LINKEN lange Zeit verfolgt wurde. Auch die AfD stimmte dem Antrag zu. Bis hierhin ein normaler Vorgang in Kommunalparlamenten. Im Nachgang der Abstimmung fand jedoch ein gemeinsames Pressegespräch der drei Fraktionsvorsitzenden statt, bei dem Ideen für den alternativen Standort vorgestellt wurden.

Dazu möchten wir ausdrücklich festhalten: Für DIE LINKE. Brandenburg galt und gilt der Grundsatz, dass es keine Zusammenarbeit mit der sich immer offener als faschistisch darstellenden AfD geben kann. Dazu gibt es eine klare Beschlusslage in der Partei, die auch für kommunale Mandatsträger*innen gilt.

Uns ist bewusst, mit wie viel Herzblut und Engagement sich unsere kommunalen Abgeordneten für die Belange der Bürgerinnen und Bürger in ihren Kommunen einsetzen. Davor haben wir allergrößten Respekt. Gleichwohl ist eine gemeinsame Pressekonferenz von Abgeordneten der LINKEN und der AfD inakzeptabel.

Herzliche Grüße

Anja Mayer und Katharina Slanina
Landesvorsitzende

In eigener Sache - unsere Geschäftsstelle

Nachdem uns im Dezember ein Wasserschaden ereilte wurde der erste Raum nach langer Trockenphase von der Stadtverwaltung als Vermieter Anfang Februar 2020 neu renoviert übergeben. Wir nutzten die Gelegenheit, um das gesamte Mobiliar aus diesem Raum aus den 70-iger Jahren bis auf den Stahlschrank zu entsorgen und neue Möbel anzuschaffen. Dank der Spendenaktion ist das gut gelungen. Der Vorstand dankt dafür allen Spendern. Da auch der Beratungsraum ein neues Gesicht haben sollte, wurde in Eigenregie renoviert, aufgeräumt und ebenfalls zwei Schränke mit einem Alter von 50 Jahren entsorgt. Nun ist unsere Geschäftsstelle komplett mit neuem Angesicht. Anfang Juli wird wahrscheinlich auch der Geschäftsdienst wieder voll funktionieren können.



I.Gie
Vorsitzende
BO Schwedt

Termine/Arbeitsplan Stadtvorstand Schwedt, Stand: 03. Juni 2020

25.06.2020	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs
01.07.2020	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Telefonkonferenz bzw. Präsenzsitzung Prenzlau
09.07.2020	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle Schwedt
12.08.2020	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
13.08.2020	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle
25.08.2020	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum
02.09.2020	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
10.09.2020	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle Schwedt
15.09.2020	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum
17.09.2020	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs

Wir trauern um Walter Neteck,
gestorben am 17.04.2020 im Alter von 91 Jahren



Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

11.07.2020	Lieselotte Köppen	zum 95. Geburtstag
28.08.2020	Sebastian Woitschach	zum 30. Geburtstag
05.09.2020	Jürgen Franz	zum 85. Geburtstag
05.09.2020	Christa Dannehl	zum 80. Geburtstag
23.09.2020	Ingeborg Kirsch	zum 80. Geburtstag



Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

17.06.2020	Thomas Tenner	zum 77. Geburtstag
19.08.2020	Ilse Nickel	zum 77. Geburtstag
19.08.2020	Ingeborg Zerbe	zum 67. Geburtstag
25.08.2020	Bernd Meyner	zum 72. Geburtstag
25.08.2020	Renate Meile	zum 68. Geburtstag
26.08.2020	Monika Gohl	zum 72. Geburtstag
08.09.2020	Hubert R. Weidemann	zum 22. Geburtstag
18.09.2020	Marvin Schulz	zum 27. Geburtstag
21.09.2020	Frank Bismar	zum 57. Geburtstag
26.09.2020	Manfred Giel	zum 76. Geburtstag

KoppHoch erscheint aller zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 04-2020: 21.08.2020

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M.Gohl, I. Giel, T. Andres

Gestaltung:

M.+I. Giel

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208

Mo + Mi 10-12 Uhr, Do 15-17 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle:

Di 15-17 Uhr

Finanzen:

29.06.2020, 10 bis 12 Uhr

06.07.2020, 10 bis 12 Uhr

27.07.2020, 10 bis 12 Uhr

03.08.2020, 10 bis 12 Uhr

31.08.2020, 10 bis 12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE Stadtverband

Schwedt/Oder

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de